



Philologenverband fordert Nachhilfeunterricht für Kenia-Parlamentarier

Stellungnahme zum Entwurf der Schulgesetzänderung 28.09.2017

Nicht nur die eine oder andere Stunde des wertebildenden Unterrichts fällt angesichts des akuten Lehrermangels in unseren Schulen aus und staatsbürgerliche und politische Bildung fällt dem Rotstift zum Opfer, auch unseren schwarz-rot-grünen Volksvertretern muss der Philologenverband massive Defizite im Demokratieverständnis bescheinigen – Nachsitzen meine Damen und Herren Parlamentarier.

Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Gewerkschaften und Interessenverbände haben sich ja inzwischen daran gewöhnt, dass unpopuläre Gesetzes-, Verordnungs- und Erlassänderungen stets kurz vor knapp mit Beginn der Sommerferien ins Haus stehen. Was sich unsere Kenia-Koalitionäre jedoch mit dem aktuellen Anhörungsverfahren zur xx-ten Schulgesetzänderung leisten, schlägt dem stärksten Fass den Boden aus. Da flattern den Verbänden und Gewerkschaften mit Versanddatum vom 28. 09.2017 zwei 42 bzw. 55 Seiten starke Dokumente zum neuen Schulgesetzentwurf mit der Aufforderung zur Prüfung und schriftlichen Stellungnahme bis zum 11.10.2017 ins Haus. Begründung, das Kabinett habe in seiner Sitzung am 26.09.2017 beschlossen, dies abschließend am 17.10.2017 beraten zu wollen.

Nicht allein, dass man übliche Anhörungsfristen von 6 Wochen mal eben so antidemokratisch parlamentarisch auf 11 Tage verkürzt, man leitet den bildungspolitischen Interessenvertretern diesen Gesetzentwurf am letzten Unterrichtstag vor den Ferien, die viele Lehrerinnen und Lehrer dank der Länge von 14 Tagen für ihren Jahresurlaub geplant haben, unangekündigt zu – nun macht mal eben schnell.

Vollkommene politische Abgehobenheit und antidemokratische Ignoranz oder politisches Kalkül? In jedem Fall ein absolut inakzeptables Durchpeitschen eines Schulgesetzes, welches selbst im Bildungsministerium so weder zeitlich noch inhaltlich auf der Agenda stand.

Jeder Rechtsanwalt würde dies wegen formaler Fehler sofort zurückweisen. Wir Lehrerverbände und Gewerkschaften tun dies auch und fordern die Parlamentarier zu einer angemessenen Anhörungsfrist auf.

Landesvorsitzender des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt

Merseburg, 2. Oktober 2017